

Nochmal 30 Jahre?

Wie war das noch? Mit der Insolvenz der Sowjetunion gingen Anfang der 1990er Jahre auch heftige Machtkämpfe an zahlreichen Weltenorten einher. In Afghanistan nehmen Islamisten Raum für jahrzehntelange Aufstandsgewalt. Äthiopien und Eritrea fangen an, sich zu bekriegen. Die erste Intifada brennt in Palästina. Mali und Burkina Faso verstricken sich in opferreiche Waffengänge. In Sri Lanka, Somalia, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, im Südsudan und in Liberia eskalieren blutige Bürgerkriege. In Togo prügelt der Diktator Oppositionelle aus dem Land. In Syrien foltert Al Assad Oppositionelle und lässt verschwinden, wen er dafür hält. In der Türkei radieren die Generäle zahllose kurdische Dörfer aus. Der Irak taumelt vom ersten fast nahtlos in den zweiten Golfkrieg und in Jugoslawien beginnt der brutale Zerfall des einstigen Vielvölkerstaates.

In Deutschland steigt im Jahr 1992 die Zahl der Asylsuchenden auf 440.000 und der Gesetzgeber zieht blank. Flüchtlingsfeindliche Stimmungen und spektakuläre rassistische Gewalttaten sprechen sich auch unter Geflüchteten herum. Weil sie nicht in die neuen Bundesländer wollen, besetzen 70 Flüchtlinge aus verschiedensten Herkunftsländern 1991 die Schalom-Kirche in Norderstedt. 1992 brennt auch hier eine Flüchtlingsunterkunft und in Mölln das Haus einer türkisch-stämmigen Familie.

Im April 1990 lädt ein kleiner „Vorbereitungskreis“ die landesweit in lokalen Initiativen der Flüchtlingshilfe Engagierten nach Rendsburg ein – zur Gründung eines Flüchtlingsrats für Schleswig-Holstein. Einige der Gründer*innen hatten dereinst noch selbst das Verschwinden der Nachbarn erlebt, das Dröhnen der Stiefel noch im Ohr, wie die Erde bebt, wenn die Bomben fallen, noch in Erinnerung. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Das nimmt uns in die Pflicht, sagen sie: Nie wieder wegschauen vor politischer Verfolgung, Kriegsgewalt, rassistischen Angriffen und dem Flüchtlingselend.

Das politische Mandat für die in überfüllten Lagern oder in Blechcontainern auf grüner Wiese mit Sachleistungen Abgespeisten und in einem Labyrinth der Paragraphen Alleingelassenen steht im Mittelpunkt. In rechtlichen Fragen zu beraten, Informationsangebote zu machen, den Dialog mit Ministeriellen und Kommunalen zu führen, öffentlich für die Anliegen der Asyl- und Zukunftsuchenden zu werben, ist Programm des Vereins, der seit 1991 im Vereinsregister steht. Ein emsiger Vorstand und ein Sprecher*innenrat der regional engagierten Gruppen vernetzt, was landesweit an Solidaritätsarbeit passiert.

Die auch in Schleswig-Holstein schnell steigende Zahl der Asylgesuche, die infolge der Entkernung des Asylgrundrechts schrumpfenden Asylanerkennungsquoten, restriktive Gerichtsentscheidungen, die Versachleistung der sozialen Hilfe, fehlende Integrationsförderung und eine Bürokratie, die sich offenbar in der Durchsetzung der Rückkehr genügt, bilden große Herausforderungen für den kleinen Verein. Sukzessive wachsen den ausschließlich ehrenamtlich Engagierten die Aufgaben über den Kopf.

Im November 1995 beschloss die Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats, eine hauptamtliche Geschäftsstelle einzurichten. 1996 sagte die neugewählte Landesregierung institutionelle Förderung zu, bis

diese im Folgejahr floss, überbrückte PRO ASYL. Die angemieteten Räume der neuen Kieler Geschäftsstelle teilte das dreiköpfige Teamenteam sich zunächst mit dem Verein Refugio, der dort Beratung und Begleitung von traumatisierten Geflüchteten anbot. Später mit dem lifeline-Vormundschaftsverein für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Beratung für Schutzsuchende und Unterstützende, Rechts- und Nothilfen für Betroffene, Schulungen zu Herkunftsländern, zu Rechtslagen und zu zielführenden Strategien der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe, solidaritätspolitische Kampagnen, die Konsolidierung und das Bespielen von Netzwerken, die quartalsweise Herausgabe des Magazins „Der Schlepper“ und die digitale Öffentlichkeitsarbeit. Es war viel und ist immer noch mehr zu tun. Weitere Gelder, z. B. für Projekte zur Bleiberechtssicherung und zur Förderung der sozialen und arbeitsmarktlichen Integration, wurden erfolgreich eingeworben. Irgendwann wurde es in Gaarden zu eng und 2015 zog der Flüchtlingsrat um in neue Räume am Kieler Sophienblatt.

Die Mitarbeiter*innen des Flüchtlingsrats – aktuell 25 Frauen und Männer – wussten und wissen sich seit Bestehen des Vereins geschätzt und jederzeit getragen durch die jeweiligen ehrenamtlichen Vorstände. Die Zusammenarbeit mit anderen, die Mitarbeit in Gremien, in Netzwerken und Partnerschaften ist beim Flüchtlingsrat Programm. Kooperationspartner*innen des Vereins, unsere gemeinsamen Themen und Praxisfelder, aber auch politisch Entscheidungsmächtige, mit denen wir uns in regelmäßiger Diskussion befinden, kann man – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in diesem Heft kennenlernen.

Und nun? In Syrien bombardieren und foltern inzwischen Assad II und seine Gegner die Bevölkerung. In Afghanistan macht sich eine neue Generation von Gotteskriegeren auf, die Welt das Fürchten zu lehren. Die türkische Armee und ihre Söldner jagen jetzt Kurden in Nordsyrien. In Äthiopien brennen wieder die tigrinischen Felder. In Somalia, in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali, Niger und im Südsudan macht die Gewalt keine Pause. Und Europa macht brutalstmöglich dicht.

Nach einem kurzen Sommer des Willkommens herrschen wieder die Einfalt der Lagerisolation und möglicherweise die Erwartung des Bundesinnenministeriums, so die Abschiebungen allzuoft erschwerende Fraternalisierung der Gutmenschen mit den Geflüchteten in den Griff zu bekommen. Allein im vergangenen Jahr fanden bundesweit 1.600 Anschläge auf Geflüchtete, 901 islamfeindliche, 2.275 antisemitische, 23.080 rechtsextremistische Straftaten insgesamt statt. Einige Politiker*innen und ihre Medien sind sich in dieser Situation schlecht genug, zu versuchen, das Engagement der Flüchtlingsräte und anderer Akteure der zivilgesellschaftlichen Solidarität zu kriminalisieren, ihnen die öffentliche Förderung und die Gemeinnützigkeit streitig zu machen.

Na, dann nehmen wir uns doch nochmal 30 Jahre!

gez. Martin Link

Kiel, 2.6.2021